

**Pressegespräch des SGVHT zu den Halbjahreszahlen 2025 der Sparkassen in
Hessen und Thüringen am 16. September 2025**

Es gilt das gesprochene Wort!

Ausführungen von

Stefan G. Reuß

**Geschäftsführender Präsident des
Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen**

- I. Begrüßung**
- II. Geschäftsentwicklung der Sparkassen im ersten Halbjahr 2025**
- III. Weitere Entwicklung**
- IV. Fazit**

I. Begrüßung

Anrede!

Herzlich willkommen zu unserem Pressegespräch, bei dem ich Ihnen die Geschäftszahlen der Sparkassen in Hessen und Thüringen im ersten Halbjahr 2025 vorstellen möchte.

II. Geschäftsentwicklung der Sparkassen im ersten Halbjahr 2025

Wir haben uns in den letzten Jahren wegen der vielfältigen und anhaltenden Krisen daran gewöhnt, bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und der ökonomischen Aussichten auf Sicht zu fahren. Selbst dieser konservative Ansatz stößt jetzt aber an seine Grenzen: Verantwortlich dafür ist vor allem die US-Politik, die auf „America first!“ und eine Rückabwicklung der Globalisierung bzw. der bisherigen internationalen Verpflichtungen setzt und dadurch einen hohen Grad an Unsicherheit auslöst.

Wirtschaftspolitik hat normalerweise sehr viel mit Ordnung und Systematik, mit Zielgerichtetheit und Regelbasiertheit zu tun. In den USA erleben wir unter der Regierung Trump das Gegenteil. Dort werden ökonomische Regeln und Gewissheiten ignoriert, auf den Kopf gestellt und durch das Recht des Stärkeren ersetzt. Das hat sich gerade auch beim sog. Zolldeal zwischen den USA und der EU gezeigt, bei dem noch viele Fragen offen sind.

Bilanzsumme bleibt trotz schwieriger Rahmenbedingungen stabil

Trotz all dieser Unsicherheiten ist die Geschäftsentwicklung der Sparkassen in Hessen und Thüringen im ersten Halbjahr 2025 erfreulich stabil verlaufen. Bei der Ertragsentwicklung zeichnet sich – wie bereits bei unserer Bilanzpressekonferenz im März prognostiziert – für das Gesamtjahr 2025 ein niedrigeres, aber weiterhin auskömmliches Betriebsergebnis ab.

Die Bilanzsumme der Sparkassen in Hessen und Thüringen ist im Berichtszeitraum mit 154,1 Mrd. Euro insgesamt praktisch unverändert geblieben (-0,2 %). Auf der Aktivseite der Bilanz verzeichneten die Kreditbestände ein Plus von 0,5 %. Auf der Passivseite sind die Einlagenbestände zum 30. Juni 2025 um 0,9 % zurückgegangen.

Öffentliche Haushalte fragen verstärkt Kredite nach

Bei den Kreditbeständen wirkte im ersten Halbjahr 2025 das Geschäft mit den öffentlichen Haushalten als Wachstumstreiber. In diesem Segment sind die Kreditbestände um 13,9 % auf 5,0 Mrd. Euro angewachsen. Ein Grund zur reinen Freude ist diese Entwicklung aber nicht. Denn etwa die Hälfte dieses Wachstums geht auf die Kassenkredite zurück. In dieser Entwicklung spiegelt sich die fast schon flächendeckend angespannte finanzielle Lage von Städten, Gemeinden und Landkreisen. 2024 hat sich deren Finanzierungsdefizit nicht

zuletzt wegen deutlich angestiegener Sozial- und Personalausgaben im Vergleich zum Vorjahr fast vervierfacht. Es erreicht jetzt mit knapp 25 Mrd. Euro einen neuen Rekordwert.

Besserung ist nicht in Sicht. Nach Angaben des KfW-Kommunalpanels 2025 rechnen 91 % der deutschen Kommunen für die nächsten fünf Jahre mit einer „eher nachteiligen“ oder sogar mit einer „sehr nachteiligen“ Finanzsituation. An einer strukturell gesicherten auskömmlichen Finanzausstattung der Kommunen führt deshalb mittel- bis langfristig kein Weg vorbei. Denn der Finanzbedarf bleibt hoch. Das spüren auch die Sparkassen in ihrem Neukreditgeschäft mit der öffentlichen Hand. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2025 sind die Darlehenszusagen in diesem Segment gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 19,9 % überdurchschnittlich stark angestiegen.

Die Kommunen und kommunalnahen Unternehmen werden bei der Transformation in eine klimagerechte Wirtschaft und Gesellschaft eine Schlüsselrolle spielen. Der DSGV rechnet bis ins Jahr 2030 mit Infrastrukturinvestitionen von bis zu 850 Mrd. Euro, die im kommunalen Raum insbesondere bei den Erneuerbaren Energien, der Wärmeversorgung und der Mobilität erforderlich sein werden. Die damit einhergehenden Finanzierungsbedarfe werden die Bilanzsummen der kommunalen Unternehmen deutlich erweitern. Investitionen von Kommunen werden in der Regel über Fremdkapital finanziert. Die steigenden Bilanzsummen und abnehmende Überschüsse der kommunalen Unternehmen sowie der Verschuldungsgrad der Kommunen selbst machen jedoch klassische, günstige Finanzierungen mit Fremdkapital zunehmend schwerer. Deshalb ist es dringend erforderlich, dass auch der kommunalen Ebene ein substanzieller Teil des Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaneutralität zur Verfügung gestellt wird.

Im Firmenkundengeschäft waren die Kreditbestände im ersten Halbjahr 2025 dagegen leicht rückläufig. Sie sanken um 0,3 % auf 48,7 Mrd. Euro. Viele Unternehmen halten sich in dem aktuell sehr volatilen handelspolitischen Umfeld und auch wegen inländischer Hemmnisse wie den überbordenden bürokratischen Anforderungen, langen Genehmigungszeiten und der hohen Belastung durch Steuern und Energiekosten mit Investitionen zurück.

Auf der Mikroebene der Unternehmen stellt Abwarten durchaus eine rationale Strategie dar. Volkswirtschaftlich gesehen ist diese Zurückhaltung bei Investitionen jedoch schlecht, denn sie dämpft die Konjunktur. In unserem Verbandsgebiet zeichnet sich immerhin eine gewisse Erholung ab. Hier sind die Darlehenszusagen der Sparkassen an Unternehmen und Selbständige im ersten Halbjahr 2025 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 6,5 % gestiegen. Dieses anziehende Neugeschäft wird sich dann später auch wieder in wachsenden Kreditbeständen niederschlagen.

Leichte Erholung bei Immobilienfinanzierungen

Ein leichtes Plus gab es im ersten Halbjahr 2025 im Kreditgeschäft mit Privatkunden. Die Kreditbestände verbesserten sich um 0,3 % auf 39,1 Mrd. Euro. Im Untersegment der privaten Immobilienfinanzierungen stiegen die Bestände der Sparkassen in Hessen und Thüringen um 0,4 %.

Vor gut drei Jahren hat die BaFin den antizyklischen Kapitalpuffer mit einer Quote von 0,75 % der risikogewichteten Aktiva scharf geschaltet und einen Systemrisikopuffer für Wohnimmobilienfinanzierungen in Höhe von 2 % beschlossen, den die Banken und Sparkassen bis zum 1. Februar 2023 umsetzen mussten. Mit diesen Zuschlägen wollte die BaFin seinerzeit den aus ihrer Sicht drohenden Finanzstabilitätsrisiken aufgrund der im Vergleich zu den Einkommen bzw. Mieten stark steigenden Immobilienpreisen entgegenwirken.

Wir haben das damals kritisiert, weil die Einführung dieser Puffer genau in die Zinswende gefallen ist und die Nachfrage nach Wohnimmobilien und damit auch die Kreditdynamik in der Folge ohnehin deutlich zurückgegangen sind. Inzwischen liegt insbesondere der Wohnungsneubau fast komplett am Boden.

Es ist deshalb richtig, dass die BaFin den Systemrisikopuffer für Wohnimmobilienfinanzierungen inzwischen auf 1 % abgesenkt hat. Wir hätten uns allerdings eine komplette Abschaffung gewünscht. Das gilt auch für den antizyklischen Kapitalpuffer, der unverändert bleibt. Denn diese Puffer tragen damit weiterhin zur Verteuerung des Bauens bei, das für viele unerschwinglich geworden ist.

Kapitalpuffer behindern Finanzierung der digitalen und klimagerechten Transformation

Von Befürwortern werden die Kapitalpuffer gerne mit Stoßdämpfern verglichen, mit denen Kreditinstitute in schwierigen Zeiten holprige Strecken mit Schlaglöchern meistern können. Aus unserer Sicht ist das ein falsches Bild. Denn natürlich sind die Sparkassen auch ohne diese Puffer mit höchst wirksamen Stoßdämpfern unterwegs. Das sind unsere Eigenmittel, die – ich greife damit schon einmal auf die Passivseite der Bilanz vor – im ersten Halbjahr 2025 erneut um 2,2 % auf 15,7 Mrd. Euro gestiegen sind. Die Kernkapital- und die Gesamtkapitalquoten unserer Sparkassen liegen bei soliden 18,0 % bzw. 19,0 %.

Wir brauchen deshalb keine Edelausgaben von Stoßdämpfern in Form von Kapitalpuffern, die nicht mehr in die Zeit passen. Diese Puffer stehen sinnbildlich für ein Dilemma. Auf der einen Seite gibt es gewaltige Finanzierungserfordernisse. Diese kontrastieren auf der anderen Seite mit den regulatorischen Kapitalanforderungen, die in den letzten Jahren

ständig gewachsen sind: Im Jahr 2015 gab es lediglich Vorgaben zum Mindestkapital, das laut CRR bei 8 %-Punkten der risikogewichteten Aktiva lag. Heute haben sich die durchschnittlichen Mindestkapitalanforderungen bei über 13 % eingependelt – mit weiter steigender Tendenz! Darüber hinaus machen es die in den Kapitalpuffern zum Ausdruck kommenden diskretionären Entscheidungen der Aufsicht, aber auch der Überprüfungs- und Bewertungsprozess SREP den Instituten schwer, den konkreten Kapitalbedarf zu planen.

Immerhin war im Neugeschäft unserer Sparkassen bei den privaten Immobilienfinanzierungen im ersten Halbjahr 2025 eine gewisse Erholung zu spüren. Die Zusagen sind in diesem Segment gegenüber dem Vorjahreszeitraum um insgesamt 28,2 % gestiegen. Insbesondere im März 2025 war wegen gesunkener Zinsen eine gestiegene Nachfrage nach Baukrediten zu spüren.

Aufholprozess im Neugeschäft – auf niedrigem Niveau!

Diese Zahlen sollten aber auch nicht überbewertet werden. Denn noch immer reichen die Volumina bei weitem nicht an das Niveau der früheren Jahre heran. Zum 30. Juni 2022, also kurz vor der Zinswende, lagen die von unseren Sparkassen zugesagten privaten Immobilienfinanzierungen noch bei 3,7 Mrd. Euro und für Neubauprojekte bei etwa 960 Mio. Euro.

Damit war aber auch der Zenit überschritten. Schon zum Jahresende 2022 sanken die Zusagen unserer Sparkassen im Zuge des rückläufigen Wohnungsbaus bei den privaten Immobilienfinanzierungen um fast 11 %. Der richtige Einbruch kam dann 2023. Da gingen die Zusagen für Wohnungsbaukredite um 45 % zurück, bei Neubauprojekten sogar um 67 %. Zum 30. Juni 2025 lag das Zusagenvolumen insgesamt zwar immerhin schon wieder bei 2,4 Mrd. Euro und bei Neubauprojekten bei 264 Mio. Euro. Es gibt also eine gewisse Erholung, die sich aber gerade im Vergleich mit dem sehr guten Jahr 2022 immer noch auf einem relativ niedrigen Level abspielt.

Um den dringend benötigten Wohnungsbau anzukurbeln und endlich wieder bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, ist das Zinsniveau zwar eine, aber bei weitem nicht die entscheidende Größe. In den vergangenen Jahren waren es vor allem die knappe und teure Ausweisung von Bauland, der explosionsartige Anstieg der Baustandards, Bau- und Baunebenkosten sowie der Handwerkermangel, die die Aktivitäten in diesem Bereich gehemmt und inzwischen fast zum Erliegen gebracht haben. Diese strukturellen Faktoren und Hemmnisse müssen jetzt entschlossen angegangen werden, damit der Wohnungsbau wieder in die Spur kommt.

Einlagenbestände leicht rückläufig

Auf der Passivseite der Bilanz ist der Einlagenbestand der Sparkassen in unserem Verbandsgebiet im ersten Halbjahr 2025 um 0,9 % auf 123,0 Mrd. Euro zurückgegangen. Das ist aber eine Momentaufnahme. Über das Jahr gesehen, entwickeln sich die Einlagen immer mal wieder nach oben oder nach unten. Ende Juli 2025 haben die Einlagenbestände unserer Sparkassen zum Beispiel schon wieder das Vorjahresniveau erreicht. Wir sind deshalb zuversichtlich, dass die Einlagenentwicklung auf Jahressicht wieder positiv ausfallen wird.

Ende Juni 2025 waren bei Spareinlagen und Termingeldern Einbußen von 3,7 % bzw. 10,9 % zu verbuchen. Dagegen gab es bei den täglich fälligen Geldern ein Plus von 0,8 %. Einen leichten Zuwachs konnten auch die von den Sparkassenbriefen dominierten Eigenemissionen verbuchen, die sich in der Regel durch lange Laufzeiten auszeichnen. Dort stiegen die Bestände um 0,4 %.

Kundenwertpapiergeschäft: Saldo aus Käufen und Verkäufen steigt um gut 11 %

Die volatile amerikanische Politik ist auch im Wertpapiergeschäft nicht ohne Auswirkungen geblieben. Nach der Ankündigung neuer US-Zölle am 2. April 2025 sind die Börsen weltweit erst einmal in die Knie gegangen. Der DAX sank am „Panic Monday“ des 7. April 2025 auf ein Tagestief von knapp 18.500 Punkten. Die Baisse dauerte allerdings nicht lange. Schon Ende Mai hat der DAX wieder ein neues Rekordniveau von über 24.000 Punkten erreicht.

Bei den Kundinnen und Kunden der Sparkassen hat sich in diesem Zeitraum keine Panik breitgemacht. Im Gegenteil: Die starke Kurskorrektur Anfang April wurde offensichtlich von vielen als eine gute Kaufgelegenheit interpretiert. Im Vergleich zum März sind die Wertpapierkäufe im April noch einmal gestiegen. Gleichzeitig hat der Zuwachs bei den Verkäufen weniger stark zugenommen.

Insgesamt haben die Käufe im ersten Halbjahr 2025 um 35,3 % auf 7,8 Mrd. Euro deutlich zugelegt. Die größten Zuwächse entfielen auf Aktien und Investmentfonds mit einem Plus von 69,3 % bzw. 53,7 %. Auch festverzinsliche Wertpapiere wurden wieder mehr gekauft. Die Zuwachsrate lag hier bei 9,2 %.

Gleichzeitig stieg auch die Zahl der Wertpapierverkäufe, nämlich um 42,1 % auf 6,4 Mrd. Euro. Das Plus fiel bei den Festverzinslichen und den Aktien mit 42,1 % bzw. 58,8 % am höchsten aus. Bei den Investmentfonds lag es bei 29,6 %. Da die Käufe in absoluten Zahlen deutlich höher ausfielen als die Verkäufe, verbesserte sich der Nettoabsatz als Saldo von Käufen und Verkäufen um 11,2 % auf 1,4 Mrd. Euro.

Der Umsatz der Sparkassen legte wegen der verstärkten Kundenaktivitäten bei Käufen und Verkäufen deutlich um 38,3 % auf 14,1 Mrd. Euro zu. Das Wertpapiergeschäft wird für die Institute noch an Bedeutung zunehmen. Denn ihre Kundinnen und Kunden nutzen diese Anlageform zunehmend für die Altersvorsorge. Deshalb ist es auch wichtig, dass künftig auch über die App Sparkasse mit wenigen Klicks Wertpapiere gekauft und Sparpläne angelegt werden können.

Ertragsentwicklung: Zinsüberschuss bleibt trotz Leitzinssenkungen stabil

Damit komme ich zur Ertragsentwicklung, der wie immer um diese Zeit die Zahlen aus unserer Prognoserechnung für das Gesamtjahr 2025 zugrunde liegen.

Bei der wichtigsten Ertragssäule unserer Sparkassen herrscht erfreuliche Stabilität. Das Prognosesystem geht davon aus, dass wir beim Zinsüberschuss mit 2,9 Mrd. Euro auch 2025 wieder das hohe Vorjahresniveau erreichen werden. Das ist angesichts der inzwischen erfolgten zweiten Zinswende – also der Zinswende nach unten – ein beachtliches Ergebnis. Es zeigt, wie robust das Geschäftsmodell der Sparkassen ist und wie elastisch es sich auf veränderte Rahmenbedingungen einstellt.

Auch die zweitwichtigste Ertragssäule der Sparkassen in unserem Verbandsgebiet entwickelt sich weiter gut. Der Provisionsüberschuss hatte im letzten Jahr zum ersten Mal die Milliarden-Euro-Grenze geknackt. Auch im laufenden Jahr wird er laut Prognose erneut ein Stück wachsen, nämlich um rund 1,6 %.

Auf Wachstumskurs wird auch der Verwaltungsaufwand bleiben. Das Prognosesystem sieht hier für 2025 ein Plus von 7,4 % auf 2,4 Mrd. Euro. Beim Personalaufwand rechnen wir u.a. wegen der zum Teil schon in diesem Jahr wirksam werdenden Tariferhöhungen mit einem Zuwachs von 5,1 %. Noch höher wird die Steigerungsrate beim Sachaufwand ausfallen, die das Prognosesystem mit 11,1 % taxiert. Hier machen sich die vielfältigen Investitionen der Sparkassenorganisation in ihre Infrastruktur bemerkbar.

Betriebsergebnis bleibt trotz Rückgang auf auskömmlichem Niveau

Die Zuwächse beim Verwaltungsaufwand sorgen dafür, dass das Betriebsergebnis vor Bewertung laut Prognose insgesamt um 9,1 % niedriger als im Vorjahr ausfallen wird. Mit 1,5 Mrd. Euro bleibt es aber immer noch auf einem auskömmlichen Niveau.

Nach Bewertung und vor Dotierung der Vorsorgereserven wird das Betriebsergebnis laut Prognose bei etwa 1,4 Mrd. Euro auslaufen. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird sich mit 154 Mio. Euro weiterhin in einem normalen Rahmen bewegen. Keine Auffälligkeiten gibt

es auch bei den Wertpapieren im Eigenbestand. Hier werden leichte Zuschreibungen in Höhe von 68 Mio. Euro erwartet.

III. Weitere Entwicklung

Wie sieht nun der Ausblick in die nähere Zukunft aus? Was sich jetzt schon sagen lässt, ist, dass die Volatilität auch in der nächsten Zeit hoch und deshalb vieles unsicher bleiben wird. Die amerikanische Handelspolitik wird wahrscheinlich erratisch bleiben und vor allem die exportorientierten Branchen vor große Herausforderungen stellen.

Und auch wenn die hausgemachten Faktoren wie die Bürokratie, die hohe Belastung der Unternehmen durch Steuern und Energiekosten sowie der Fachkräftemangel, die einem nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung im Wege stehen, inzwischen hinreichend benannt wurden: Sie sind damit noch lange nicht angegangen geschweige denn beseitigt. Die meisten Experten rechnen deshalb für das laufende Jahr mit einer fortgesetzten Stagnation.

Geldpolitik ist im akkomodierenden Bereich angekommen

Immerhin gibt es aber auch positive Signale. Die deutsche Wirtschaft scheint sich allmählich vom Schock der neuen geopolitischen Verhältnisse zu erholen. So haben sich in den vergangenen Monaten insbesondere das Geschäftsklima verbessert – allerdings auf einem recht niedrigen Niveau.

Rückenwind bekommt die Wirtschaft inzwischen auch wieder von der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), die nach acht Leitzinssenkungen im akkomodierenden Bereich angelangt ist. Die EZB hat die Inflation offensichtlich wieder im Griff – so sieht es zumindest derzeit aus. Die Betonung liegt auf derzeit. Denn wir leben in einer Zeit der Momentaufnahme: Momentan ist der Preisauftrieb im Euroraum relativ niedrig. Momentan stärken die volatile Handelspolitik und die expansive Finanzpolitik in den USA den Euro. Momentan werden dadurch Importe nach Europa billiger.

Das ist erfreulich, aber eben nur eine Momentaufnahme, die sich jederzeit ändern und zum Beispiel durch europäische Gegenzölle oder gestörte Lieferketten ins Gegenteil verkehren kann.

Pause bei Zinssenkungen erforderlich

Momentan ist also viel Unsicherheit im System, was eine solide und zuverlässige Vorausschau auf die Inflationsentwicklung fast schon unmöglich macht. In diesem Umfeld war es richtig, dass die EZB jetzt erst einmal eine Zinspause eingelegt hat. Denn zu niedrige Zinsen bergen immer die Gefahr von Übertreibungen.

In der Schweiz sind die Leitzinsen inzwischen schon wieder bei 0 % angelangt. Die Schweizer Nationalbank kann sich sogar Negativzinsen vorstellen. Zwar besteht dort wegen des sehr starken Franken sicherlich eine Sondersituation. Es ist aber trotzdem ein schlechtes Zeichen, dass die Idee von Null- und Negativzinsen schon wieder salonfähig wird. Das geldpolitische Gedächtnis scheint nicht besonders ausgeprägt zu sein. Denn es ist wohl schon wieder in Vergessenheit geraten, dass die langen Jahre der Niedrigzinsen nur durch ein schwaches Wirtschaftswachstum gekennzeichnet waren.

Notenbanken können mit billigem Geld nicht alle Probleme lösen

Die Notenbanken müssen deshalb akzeptieren, dass sie mit billigem Geld nicht alle gesamtwirtschaftlichen Schwierigkeiten lösen können. Viele dieser Probleme sind nämlich zinsunabhängig: Wenn die Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau nicht stimmen, dann werden ihn auch niedrige Zinsen nicht ankurbeln. Wenn Unternehmen wegen der fragilen geo- und handelspolitischen Lage unsicher und vorsichtig sind, dann werden sie auch bei niedrigen Zinsen nicht investieren. In diesem Umfeld der Unsicherheit müssen die Notenbanken es deshalb auch einmal aushalten, abzuwarten.

Laut EG-Vertrag ist es die vorrangige Aufgabe der EZB, für Preisstabilität zu sorgen. Wie wir in den letzten Jahren gesehen haben, ist das schon anspruchsvoll genug. Bei der Inflation ist die EZB auf einem guten Weg. Sie darf jetzt aber bei ihrem Zinssenkungszyklus nicht überdrehen. Ansonsten stehen wir bald vor der dritten Zinswende, bei der es dann wieder nach oben geht. So ein geldpolitischer Zickzack-Kurs wäre aber fatal. Denn er würde die Notenbank selbst zum Unsicherheitsfaktor machen und so ihre Glaubwürdigkeit beschädigen. Das gilt es unbedingt zu vermeiden.

Wirkt Sondervermögen für Infrastruktur als Brustlöser?

Die größten Hoffnungsimpulse gehen zurzeit sicherlich von der Bereitstellung der 500 Mrd. Euro über das bereits erwähnte Sondervermögen für Infrastruktur sowie der Lockerung der Schuldenbremsen in Bund und Ländern aus, die jetzt nach dem Ende der Sommerpause hoffentlich als Brustlöser wirken werden.

Wir haben schon lange eine Reform der Schuldenbremse gefordert. Die konzeptionelle Herleitung dieses Instruments aus den negativen Erfahrungen der Weltfinanzkrise und der nachfolgenden Staatschuldenkrise war sicherlich plausibel. In der Praxis aber hat die übertrieben korrekte Haushaltspolitik der „schwarzen Null“ die Politik und im Endeffekt auch die Wirtschaft in ein viel zu enges Korsett gepresst, dessen Folgen heute in Form eines jahrelangen Modernisierungs- und Sanierungsstaus auf allen Ebenen zu besichtigen sind.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass der Staat eben nicht wie die oft bemühte schwäbische Hausfrau agieren sollte, die vernünftigerweise schon früh spart, um für ihr Alter vorzusorgen. Schließlich unterliegen Staaten anders als Menschen praktisch keinem Verfallsdatum. Sie leben im Prinzip ewig und müssen deshalb insbesondere die Infrastruktur kontinuierlich pflegen und fit für die Zukunft machen, um Wirtschaft und Gesellschaft die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu verschaffen. Dazu sind entsprechende staatliche Investitionen nötig, von denen am Ende gerade auch die nachfolgenden Generationen profitieren werden.

Geld alleine ist keine Lösung

Das viele Geld, das jetzt bereitsteht, ist jedoch kein Selbstläufer. Das gilt insbesondere für die erhofften Multiplikatoreffekte in die Wirtschaft hinein. Denn die Firmen werden ihre bisherige Zurückhaltung bei den Investitionen nur dann aufgeben, wenn sich die Rahmenbedingungen für sie deutlich verbessern.

Es ist deshalb gut, dass die neue Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag die Wirtschaft in den Mittelpunkt gerückt hat. Sie will die Unternehmen unter anderem durch Bürokratieabbau, Digitalisierung, steuerliche Entlastungen sowie die Förderung von Innovationen stärken. Diese Maßnahmen müssen jetzt zügig konkretisiert und angegangen werden, damit möglichst schnell Impulse für mehr Investitionen und ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum gesetzt werden.

Es ist deshalb ein richtiges Zeichen gewesen, dass die Bundesregierung das steuerliche Investitionssofortprogramm mit seinem Fokus auf deutlich verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten noch vor der Sommerpause verabschiedet hat. Ein Wermutstropfen ist allerdings, dass die Körperschaftssteuerreform praktisch in die nächste Legislaturperiode verschoben wurde. Es wäre wünschenswert gewesen, die jetzt erst für 2028 bis 2032 geplante schrittweise Absenkung der Körperschaftssteuer von 15 % auf 10 % sowie des Thesaurierungssteuersatzes bei Mitunternehmerschaften (Personengesellschaften) von 28,5 % auf 25 % schon früher zu beginnen, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen schneller zu stärken und den Standort Deutschland für ausländische Investitionen wieder attraktiver zu machen.

Denn mehr Investitionen und Innovationen werden am Ende auch dem Potenzialwachstum zugutekommen. Diese Größe zeigt an, wie stark eine Volkswirtschaft wachsen kann, wenn sie all ihre Möglichkeiten voll ausschöpft. Anfang der 1990er Jahre lag das deutsche Potenzialwachstum noch bei über 3 %. Heute beträgt es nur noch 0,4 %.

Mehr Wirtschaftswachstum erforderlich

Zu den 3 % werden wir schon aus demografischen Gründen nicht mehr zurückkehren. Aber eine 1 vor dem Komma sollte künftig schon wieder möglich sein. Die deutsche Wirtschaft ist seit der Corona-Pandemie nicht mehr gewachsen. Aus dieser Stagnation muss sie endlich herauskommen. Deutschland braucht wieder mehr Wirtschaftswachstum!

Denn nur eine wachsende Wirtschaft eröffnet am Ende auch mehr Verteilungsspielräume. Und die werden künftig immer enger werden, falls jetzt nicht energisch gegengesteuert wird. Darauf deutet auch die letzte Steuerschätzung hin. Demnach müssen Bund, Länder und Kommunen bis 2029 mit etwa 81 Mrd. Euro weniger Steuereinnahmen auskommen als noch im Herbst 2024 angenommen. Das unterstreicht, wie wichtig Wirtschaftswachstum ist, um diese Lücke zumindest zu schließen. Gerade auch für die Kommunen bei ihrer immer angespannteren Haushaltslage wäre das enorm wichtig.

Eine wichtige Rolle als Investitionsmotor wird in Zukunft weiterhin der Klimaschutz spielen. Hier gilt es in den Feldern anzusetzen, in denen sich am besten und schnellsten Fortschritte erzielen lassen. Das ist beim Gebäudesektor der Fall, der mit einem Anteil von 30 % an den Treibhausgasemissionen als der schlafende Riese gilt. Der Neubau von Wohnraum ist inzwischen weitgehend zum Erliegen gekommen. Umso wichtiger ist es, die Bestandsbauten so zu ertüchtigen, dass sie auf Dauer bewohn- und vermietbar bleiben und vor allem auch ökologisch nachhaltig sind.

Unsere Sparkassen begleiten die energetische Sanierung von Wohngebäuden seit vielen Jahren als zuverlässiger Finanzpartner. Ohne eine großzügig bemessene und vor allem verlässliche öffentliche Förderkulisse wird es aber in diesem Bereich nicht gehen. Denn gerade im ländlichen Raum besteht sonst die Gefahr, dass viele Menschen bei der energetischen Sanierung ihrer Häuser finanziell überfordert werden.

Bürokratieabbau konsequent umsetzen

Ein weiterer entscheidender Stellhebel für mehr Investitionen und mehr Wirtschafts- und Potenzialwachstum ist der Bürokratieabbau. Das ist ein Schlagwort, hinter dem sich zurzeit alle versammeln. Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung sieht in diesem Bereich unter anderem das Durchforsten der Gesetzgebung, schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie eine digitale Verwaltung vor.

Auch im Finanzsektor rückt das Ziel des Bürokratieabbaus zunehmend in den Vordergrund. BaFin-Chef Branson hat vor kurzem noch einmal ausdrücklich betont, dass die Proportionalität ein wichtiges Anliegen der deutschen Aufsicht sei. Diese stelle jeden Tag

bei ihrer Arbeit fest, dass die Menge an Regeln und das damit verbundene Veränderungstempo gerade kleine Institute überfordern könnten. Zugleich hat er die Bedeutung der Diversität des deutschen Bankenmarktes mit großen, mittelgroßen und kleinen Instituten hervorgehoben, die einen intensiven Wettbewerb sicherstelle, von dem vor allem die Kundinnen und Kunden profitierten.

Wir nehmen auch positiv wahr, dass die deutsche Aufsicht die Themen Proportionalität und Verhältnismäßigkeit in der Praxis aktiv angeht. Die BaFin wird zum Beispiel die neuen EBA-Leitlinien zum Management der ESG-Risiken nur teilweise übernehmen, da viele der dort adressierten Aspekte ohnehin bereits im Rahmen der 7. MaRisk-Novelle berücksichtigt wurden. Leider enthält jedoch der kürzlich veröffentlichte Referentenentwurf des Bankenrichtlinienumsetzungs- und Bürokratieentlastungsgesetz erneut eine Vielzahl an Regelungen zum Thema ESG-Risiken, basierend auf der europäischen Eigenkapitalrichtlinie.

Erleichterungen im Risikomanagement für kleinere Institute

Darüber hinaus hat die BaFin Ende November 2024 per Aufsichtsmitteilung Erleichterungen im Risikomanagement für sehr kleine Banken mit einer Bilanzsumme von unter einer Mrd. Euro sowie kleine Institute mit einer Bilanzsumme unter fünf Mrd. Euro veröffentlicht, von denen etwa drei Viertel aller Banken und Sparkassen profitieren werden. Diese verbindlichen Aussagen schaffen Klarheit und sind deshalb ebenfalls zu begrüßen.

Vor ein paar Wochen hat die deutsche Aufsicht zudem ein sog. Non-Paper über ein Kleinbankenregime veröffentlicht. Es sieht vorrangig Entlastungen bei den Eigenmittelanforderungen gem. CRR vor, die perspektivisch für Institute mit einer durchschnittlichen Bilanzsumme von höchstens 10 Mrd. Euro gelten sollen. Die bisher üblichen risikogewichteten Eigenmittelanforderungen sollen demnach zugunsten einer risikoungewichteten Eigenmittelanforderung in Form der Leverage Ratio und zusätzlichen Pufferlösungen ersetzt werden.

Auch wenn wir Entlastungen grundsätzlich begrüßen, adressiert dieser Vorschlag nach unserer Wahrnehmung nicht die tatsächlichen Probleme der kleineren und mittelgroßen Institute. Er setzt nämlich ausschließlich an der Säule I von Basel III an, die die Mindestkapitalanforderungen regelt. Die daraus resultierenden materiellen Anforderungen waren aber in der Vergangenheit auch für kleine Sparkassen stets tragbar. Unsere Sparkassen haben kein Kapitalproblem.

Die tatsächlichen Problemzonen liegen aus unserer Sicht ganz woanders: nämlich in der zunehmenden Kleinteiligkeit der Regulatorik, der mangelnden Verzahnung einzelner Regelungen, der Granularität und der Frequenz des Reporting und den häufigen

Aktualisierungen und Änderungen in Verbindung mit kurzen Umsetzungsfristen und fehlenden Bagatellgrenzen sowie Wesentlichkeitsschwellen. Letzteres betrifft vor allem die sog. Level-2-Vorgaben, die auf europäischer Ebene die Rahmenrechtsakte konkretisieren, aber auch die nachgelagerten Ebenen.

Dort läuft die Komplexität zunehmend aus dem Ruder. Ich hatte bereits auf unserer Bilanzpressekonferenz angesprochen, dass die European Banking Authority (EBA) in den vergangenen zehn Jahren auf dem Level 3 rund 8.000 sog. Questions & Answers veröffentlicht hat, also im Schnitt vier pro Arbeitstag. Inzwischen scheint der EBA die eigene Granularität über den Kopf zu wachsen. Berichten zufolge beantwortet sie mit Blick auf die CRR III zurzeit keine Fragen mehr!

Kleinteilige Prüfungsfeststellungen erzeugen hohen Umsetzungsaufwand

Zusätzlich zu den Mindestkapitalanforderungen der Säule I ermitteln die Institute in einem danebenstehenden Steuerungskreislauf ihre Risikotragfähigkeit auf Basis von betriebswirtschaftlichen Verfahrensweisen und leiten daraus Steuerungsimpulse ab. Dies ist die Säule II. Wir stellen fest, dass eine Vielzahl der diesbezüglichen aufsichtlichen Anforderungen erheblichen Arbeitsaufwand verursachen, dabei aber nicht auf die Belange von kleinen und mittleren Instituten abgestimmt sind. Noch problematischer wird das Ganze, wenn es um die Feststellungen bei Prüfungen gemäß § 44 KWG geht. Im Rahmen solcher Sonderprüfungen gibt es regelmäßig viele zusätzliche und sehr kleinteilige Prüfungsfeststellungen, die im Anschluss mit hohem Aufwand in den Systemen umgesetzt werden müssen. Oftmals drängt sich die Frage auf, ob der durch den zusätzlichen Aufwand erreichte Erkenntnisgewinn in einem angemessenen Verhältnis steht und ob der Detaillierungsgrad der Anforderungen letztlich nennenswert dazu beiträgt, die Solidität und Stabilität der Institute sicherzustellen. Reformansätze müssten aus unserer Sicht deshalb in diesem Bereich der Säule II und nicht bei der Säule I ansetzen!

Die Vorschläge des Non-Papers bergen aus unserer Sicht aber auch ganz praktische Probleme. Die aufsichtliche Unterteilung in kleine, mittlere und große Sparkassen müsste auch von unserem Rechenzentrum nachvollzogen werden, das dann Prozesse mehrfach IT-technisch abbilden müsste. Das hätte deutlich höhere Umsetzungsaufwendungen sowie negative Skaleneffekte zur Folge und würde unser Ziel eines möglichst hohen Standardisierungsgrades in diesem Bereich konterkarieren.

Darüber hinaus würde die Abkehr von einer risikogewichteten Kapitalvorgabe grundsätzlich risikoarme Portfolien benachteiligen. Das hätte dann gegebenenfalls auch Folgen für die Kommunalfinanzierung. Ich habe vorhin bereits angesprochen, dass die Kommunen bei der

Transformationsfinanzierung vor gewaltigen Aufgaben stehen. Eine reine Leverage Ratio-Betrachtung würde sich hier kontraproduktiv auswirken.

Die risikogewichteten Aktiva (RWA) werden zudem in vielen Bereichen der Banksteuerung sowie für das Institutssicherungssystem benötigt. Und natürlich müssen wir auch die Besonderheiten von dezentralen Verbundsystemen und ihre Usancen in der Refinanzierung von Verbundunternehmen im Blick behalten.

Es ist gut, dass die deutsche Aufsicht Reformvorschläge für mehr Proportionalität macht. Das begrüßen wir ausdrücklich. Diese Änderungen müssen aber immer vom Ende, von den Folgen her betrachtet werden. Daher ist es uns wichtig, zunächst die tatsächlichen Aufwandstreiber zu identifizieren und entsprechende, passgenaue Lösungen zu erarbeiten, die kleinen und mittleren Instituten mehr Luft zum Atmen verschaffen und sich nicht vorschnell in Diskussionen über geeignete Zugangskriterien zu einem Kleinbankenregime zu verlieren.

IV. Fazit

Damit komme ich zum Schluss. Wie erwartet, zeichnet sich bei den Sparkassen in Hessen und Thüringen auch im Jahr 2025 wieder eine stabile Geschäftsentwicklung ab. Die Sparkassen fungieren in diesen alles andere als einfachen Zeiten weiterhin als ein wichtiger Stabilitätsfaktor. Dabei konzentrieren wir uns auf das, was unser öffentlicher Auftrag vorsieht, was unsere Kundschaft von uns erwartet und was wir am besten können: Die Bereitstellung eines verlässlichen, flächendeckenden Angebots von qualitativ hochwertigen und bezahlbaren Finanzdienstleistungen für die Menschen, den Mittelstand und die Kommunen vor Ort und vor allem eines sicheren, allzeit leistungsfähigen Zahlungsverkehrs.

Zahlungsverkehr als Teil der kritischen Infrastruktur

Denn der Zahlungsverkehr ist heutzutage nicht einfach nur eine Dienstleistung, sondern vielmehr Teil der kritischen Infrastruktur. Es ist deshalb richtig, die bisherige Abhängigkeit von außereuropäischen Bezahlverfahren möglichst schnell zu beenden. Dies ist eine grundlegende Voraussetzung für die finanz- und wirtschaftspolitische Souveränität Europas. In dieser Einschätzung sind wir uns mit der europäischen Politik und der EZB völlig einig.

Über den Weg hin zu diesem Ziel gibt es allerdings unterschiedliche Auffassungen. Wir haben nie einen Hehl daraus gemacht, dass wir die von der Europäischen Kommission und der EZB betriebene Einführung eines digitalen Euros für Privatkunden als vollumfängliches, paralleles Bezahlverfahren aus Kosten- und ordnungspolitischen Gründen sehr kritisch sehen.

Europäische Banken haben unter maßgeblicher Beteiligung der Sparkassen-Finanzgruppe nicht zuletzt auf Betreiben von Politik und Notenbanken im Sommer 2020 die European Payments Initiative (EPI) gegründet. Diese ist inzwischen mit dem Bezahlendienst WERO mit Peer-to-Peer-Bezahlungen auf dem Markt, für das 4. Quartal 2025 ist der bundesweite Start im E- und M-Commerce geplant. Schon jetzt deckt WERO mit Deutschland, Frankreich und Belgien immerhin zwei Drittel aller potenziellen Retail-Bezahl-Transaktionen in der Europäischen Union ab. Im nächsten Jahr kommen die Niederlande und Luxemburg dazu. Darüber hinaus sind Kooperationen mit Bezahldiensten in Spanien und Portugal geplant, und es wird auch ein Angebot für den Point of-Sale geben.

WERO als umfassende europäische Bezahlösung

Der Finanzsektor hat somit bereits erheblich in die europäische Bezahlösung WERO investiert, die in Zukunft weiter ausgebaut werden soll. Wir haben gemeinsam mit der Deutschen Kreditwirtschaft und unseren europäischen Partnern sicherlich noch viel Arbeit vor uns, um diese Bezahlösung auch umfänglich bei den Privatkunden in Europa in den täglichen Gebrauch zu bringen. Die Pläne für einen digitalen Euro für Privatkunden behindern jedoch diesen flächendeckenden Ausbau von WERO kolossal, weil in Europa manche Banken keine Parallelstrukturen aufbauen möchten und deshalb abwarten. Der digitale Euro für Privatkunden wird jedoch allerfrühestens 2028 kommen. Das ist mit Blick auf das Ziel der europäischen Souveränität im Zahlungsverkehr viel zu spät.

Aus unserer Sicht wäre es deshalb am zielführendsten, wenn auf den digitalen Euro für Privatkunden verzichtet und stattdessen WERO auch offiziell als einziges europaweites Bezahlverfahren fungieren würde. Es ist mir bewusst, dass Notenbanken in diesem Kontext gerne auf ihre zahlungsverkehrspolitische Neutralität verweisen. Dieses Argument passt aber nicht mehr in die Zeit. Wir leben nun einmal in einer Zeitenwende. Und in dieser Zeitenwende kann sich Europa auch im Zahlungsverkehr keine Neutralität mehr leisten!

Europa muss auch in diesem Feld unbedingt abwehrbereit werden. Es muss sich möglichst schnell für den leider nicht mehr abwegigen Fall rüsten, dass sich die bisher dominanten US-Zahlungsverkehrsdienstleister aufgrund von politischen Verwerfungen kurzfristig aus dem europäischen Markt verabschieden – mit allen Konsequenzen.

Aus unserer Sicht sollten Politik, EZB und nationale Notenbanken deshalb bei noch zögerlichen Banken auch mit sanftem Druck für das bereits einsatzfähige WERO werben. Eine Beteiligung bei WERO ist im Übrigen auch im Interesse dieser noch nicht beteiligten Banken und vor allem auch ihrer Kundschaft, um im Fall der Fälle beim Zahlungsverkehr am Ende nicht plötzlich blank dazustehen.

Kundenzufriedenheit im Fokus

Wir sehen unsere Sparkassen für die Zukunft gut aufgestellt. Die Sparkassenorganisation hat im vergangenen Jahr ihre bundesweite Geschäftsstrategie fortgeschrieben und darin insbesondere die Kundenzufriedenheit in den Mittelpunkt gestellt. Daran arbeiten wir konsequent. Wir sind gerade dabei, das Ziel der Kundenzufriedenheit noch umfassender messbar zu machen, um aus den Befragungen noch bessere Schlussfolgerungen ziehen zu können.

Unsere Sparkassen bieten mit ihrer starken Präsenz vor Ort und ihren digitalen Angeboten all das, was eine moderne Hausbank ausmacht. Wir werden weiter in der Fläche bleiben, denn die Filialen und persönliche Ansprechpartner vor Ort sind ein unverzichtbarer Anker für die Zufriedenheit unserer Kundinnen und Kunden. Gleichzeitig setzen wir aber auch ganz klar auf die Digitalisierung: Zum einen nach innen, um die Institute effizienter in der Prozessabwicklung zu machen. Zum anderen aber auch nach außen mit Blick auf unsere Kundschaft.

Als Marktführer im Finanzdienstleistungssektor wollen wir unseren Kundinnen und Kunden digitale Lösungen anbieten, die einen direkten und attraktiven Nutzen bieten. Wir wissen aus Kundenbefragungen, dass die digitalen Services, die wie die Internet-Filiale für das Online-Banking oder die App Sparkasse an der Kundenschnittstelle ansetzen, stark in die Zufriedenheit, Kundenbindung und Preisbereitschaft der Kundschaft und damit auch in die Marke Sparkasse einzahlen.

Deshalb ist es auch so wichtig, dass wir mit der App Sparkasse ein Angebot aus einem Guss haben, das künftig nicht nur die klassischen Online-Banking-Funktionen abdeckt, sondern – wie vorhin bereits angesprochen – im Laufe des nächsten Jahres in der neuen Themenwelt „Wertpapiere“ auch ein attraktives Wertpapierdepot sowie die Verwahrung und den Handel von Kryptowährungen. Das ist dann auch eine starke Antwort auf die Neobroker, die den etablierten Banken gerade bei jungen Erwachsenen und digitalen Selbstentscheidern zunehmend Konkurrenz machen. Über die App Sparkasse können darüber hinaus künftig nicht nur Wertpapierdepots durch junge Erwachsene, sondern auch für minderjährige Kunden eröffnet und Wertpapiergeschäfte durch die Erziehungsberechtigten getätigt werden, ohne dass hierzu eine Filiale der Sparkasse aufgesucht werden muss. Das zeigt, dass wir das digitale Angebot der Sparkassen im Kundeninteresse permanent ausbauen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!